

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Protschka, Dr. Axel Gehrke, Kay Gottschalk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/7033 –

**Förderung einer gesundheitsbewussten Ernährung – Bessere
Kennzeichnungspflichten, hochwertigeres Schulessen, keine
EU-Ausschreibungspflicht**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Bauer, Frank Sitta, Dr. Gero Clemens Hocker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/9926 –

Mehr Bildung, Bewegung und besseres Essen

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Amira Mohamed Ali, Heidrun Bluhm, Dr. Kirsten Tackmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/7025 –

**Für eine zukunftsweisende und soziale Ernährungspolitik – Besonders für
Kinder**

**d) zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Künast, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/6441 –**

Gesunde Ernährung im Alltag einfach machen – Ernährungswende umsetzen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der AfD stellt fest, dass Übergewicht und Adipositas als die weltweit am schnellsten wachsenden zentralen Gesundheitsprobleme gelten. Die Gründe hierfür sind ihrerseits vielfältig. Die Fraktion der AfD verweist darauf, dass die Zahl der an Übergewicht und Adipositas leidenden Deutschen kontinuierlich ansteigt. Die daraus resultierenden ernährungsbedingten chronischen Erkrankungen, wie z. B. Bluthochdruck, Herzleiden und Diabetes, verursachen laut der Antragsteller bei den Patienten nicht nur gravierende gesundheitliche Schäden, sondern – mit Verweis auf aktuelle wissenschaftliche Forschungsergebnisse auf Basis der Analyse repräsentativer Krankheitskosten und Verzehrdaten – belasten das deutsche Gesundheitssystem zudem jährlich durch direkte Behandlungskosten in Höhe von etwa 17 Milliarden Euro. Indirekte Kosten, etwa bedingt durch Arbeitsausfälle, Kurbehandlungen und Invalidität, erhöhen nach Aussage der Fraktion der AfD den volkswirtschaftlichen Schaden durch die meist zucker-, salz- und fettreiche Ernährung erheblich.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/7033 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, von der Möglichkeit einer freiwilligen nationalen Regelung Gebrauch zu machen und ein nationales Konzept vorzulegen, welches den Marktakteuren eine freiwillige Lebensmittelkennzeichnung ermöglicht, die es dem Verbraucher allgemeinverständlich und schnell ermöglicht, die Produkte bezüglich ihrer gesundheitsbezogenen Eigenschaften einzuordnen und gemäß seiner individuellen Bedürfnisse auszuwählen. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich auf der Ebene der Europäischen Union (EU) dafür einzusetzen, dass die EU-weite Ausschreibungspflicht für die Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen abgeschafft wird sowie sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass Ernährungsbildung verbindlich und dauerhaft im Schulunterricht verankert wird.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der FDP legt dar, dass die Verantwortung für ihre Ernährung immer zuerst bei den einzelnen Verbrauchern liegt. Sie weist darauf hin, dass trotz der ihr zufolge vielen Bildungs- und Aufklärungsmöglichkeiten, die eigenverantwortliches Handeln erst ermöglichen, in Deutschland rd. 15 Prozent aller Kinder und Jugendlichen übergewichtig sind, die Hälfte davon adipös. Hinzu kommt für die Antragsteller, dass der Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen zunimmt. 70 Prozent erreichen nach Angaben der Fraktion der FDP die Bewegungsziele, die die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorgibt, nicht. Laut der Fraktion der FDP führen durch die Medien vorgelebte, vermeintliche Schönheitsideale

zu verschiedensten Essstörungen. Die Folgekosten dieser Entwicklungen sind laut der Antragsteller für das Gesundheitssystem immens. Allein die Kosten durch eine unausgewogene Ernährung belaufen sich nach deren Angaben auf rd. 17 Mrd. Euro jährlich.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/9926 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, gemeinsam mit den Bundesländern die für Ernährungsbildung und -beratung vorgesehenen Haushaltsmittel fokussiert für eine systematische Bildungsoffensive in Kitas und Schulen einzusetzen, um frühzeitig Ernährungswissen zu vermitteln. Sie sollte Länder ebenso ermutigen, sicherzustellen, dass Sportunterricht regulär stattfindet und auf diesem auch das Problemfeld Bewegungsmangel und Übergewicht zu adressieren. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich für die Ausweitung und finanzielle Aufstockung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel einzusetzen.

Zu Buchstabe c

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass unter den Westeuropäerinnen und Westeuropäern die Deutschen die niedrigste Lebenserwartung haben. Schlechte Ernährung, zu viel Stress und unzureichende Präventionsmaßnahmen haben ihr zufolge einen wichtigen Einfluss auf dieses Ergebnis. Übergewicht- und Adipositasprävalenzen bei Kindern und Jugendlichen haben sich nach Angaben der Antragsteller in Deutschland auf hohem Niveau „eingepgelt“. In Deutschland werden ihr zufolge gerade im Kindesalter wichtige Risikofaktoren, wie zu hoher Zucker- und Kalorienkonsum, kaum bekämpft. Die Bundesregierung hat sich nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. diesen Herausforderungen in der Ernährungspolitik nur sehr unzureichend gestellt. Sie ignoriert nach Aussage der Antragsteller wesentliche Erkenntnisse der Ernährungs-, Verbraucher- und Präventionsforschung. Bis heute fehlt es nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. an einer nachhaltigen Gesamtstrategie und an zukunftsweisender Ernährungspolitik.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/7025 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, unter Beteiligung des Bundes eine kostenfreie Verpflegung in allen Schulen und Kitas zu gewährleisten, die den Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) entspricht und mit regionalen, saisonalen und ökologischen Lebensmitteln frisch zubereitet wird. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine verbindliche Reduktionsstrategie für Zucker-, ungesättigte Fettsäure- und Salzanteile in Ferticlebensmitteln zu verabschieden, die sicherstellt, dass es zu keinem Austausch von wertgebenden, zu billigen Inhalts oder Zusatzstoffen kommt, sondern eine Qualitätssteigerung Ziel der Reduktionsstrategie ist.

Zu Buchstabe d

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verweist unter Bezugnahme des Ernährungsreport 2018 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) darauf, dass nach der überwiegenden Meinung der Verbraucherinnen und Verbraucher Essen nicht nur schmecken, sondern auch gesund sein soll. Zudem haben nach Darstellung der Antragsteller immer mehr Menschen nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Auswirkungen des Essens auf Tiere, Umwelt, Klima und globale Gerechtigkeit im Blick. Eine Ernährungswende ist laut der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überfällig. Fehlernährung ist ihr zufolge nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland eines der größten Krankheitsrisiken und gute Ernährung daher zentraler Baustein der Gesundheitsvorsorge. Es ist für die Antragsteller Aufgabe der Bundesregierung, die politischen Rahmenbedingungen für ein gutes, nachhaltiges und gesundes Angebot an Essen zu setzen und hierbei insbesondere Kinder und Jugendliche im Blick zu haben.

Mit dem Antrag auf Drucksache 19/6441 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, eine nationale, ressortübergreifende Strategie für gutes Essen zu entwickeln sowie gemeinsam mit den Ländern gesunde und vielfältige Ernährung als fester Teil der Stadtentwicklung und der ländlichen Entwicklung zu etablieren. Zudem soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine ausgewogene und gesunde Ernährung für alle Verbraucherinnen und Verbraucher in allen öffentlichen Einrichtungen, z. B. Kitas, Schulen und Universitäten, aber auch in Betriebskantinen, Krankenhäusern und Pflegeheimen, zu ermöglichen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/7033 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/9226 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/7025 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe d

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/6441 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe c

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe d

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Zu Buchstabe a

Wurden nicht erörtert.

Zu Buchstabe b

Wurden nicht erörtert.

Zu Buchstabe c

Wurden nicht erörtert.

Zu Buchstabe d

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/7033 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/9926 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 19/7025 abzulehnen;
- d) den Antrag auf Drucksache 19/6441 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2019

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Alois Gerig
Vorsitzender

Katharina Landgraf
Berichterstatterin

Ursula Schulte
Berichterstatterin

Verena Hartmann
Berichterstatterin

Nicole Bauer
Berichterstatterin

Amira Mohamed Ali
Berichterstatterin

Renate Künast
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Katharina Landgraf, Ursula Schulte, Verena Hartmann, Nicole Bauer, Amira Mohamed Ali und Renate Künast

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 74. Sitzung am 17. Januar 2019 den Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 19/7033** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 98. Sitzung am 9. Mai 2019 den Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 19/9926** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 74. Sitzung am 17. Januar 2019 den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 19/7025** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

Zu Buchstabe d

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 74. Sitzung am 17. Januar 2019 den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 19/6441** erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der AfD stellt fest, dass Übergewicht und Adipositas als die weltweit am schnellsten wachsenden zentralen Gesundheitsprobleme gelten. Die Gründe hierfür sind ihr zufolge vielfältig. Die Fraktion der AfD weist darauf, dass die Zahl der an Übergewicht und Adipositas leidenden Deutschen kontinuierlich ansteigt. Die daraus resultierenden ernährungsbedingten chronischen Erkrankungen, wie z. B. Bluthochdruck, Herzleiden und Diabetes, verursachen laut der Antragsteller bei den Patienten nicht nur gravierende gesundheitliche Schäden, sondern – mit Verweis auf aktuelle wissenschaftliche Forschungsergebnisse auf Basis der Analyse repräsentativer Krankheitskosten und Verzehrdaten – belasten das deutsche Gesundheitssystem zudem jährlich durch direkte Behandlungskosten in Höhe von etwa 17 Milliarden (Mrd.) Euro. Indirekte Kosten, etwa bedingt durch Arbeitsausfälle, Kurbehandlungen und Invalidität, erhöhen nach Aussage der Fraktion der AfD den volkswirtschaftlichen Schaden durch die meist zucker-, salz- und fettreiche Ernährung erheblich.

Obwohl laut der Fraktion der AfD die Ursachen für Übergewicht nicht immer leicht hergeleitet werden können und oft von komplexer Natur sind, stellen ihr zufolge aus wissenschaftlicher Sicht vor allem ein falsches Ernährungs- und Bewegungsverhalten sowie die frühkindliche Ernährungsprägung maßgebliche Faktoren für Übergewicht bei Erwachsenen dar. Insbesondere auf die Ernährungsprägung von Kindern und Jugendlichen kann der

Staat nach Darstellung der Antragsteller mit Hilfe gezielter ernährungspolitischer Maßnahmen steuernd einwirken und damit Kindern und Jugendlichen die Voraussetzungen für ein gesundes und langes Leben ermöglichen. Zudem wäre dies für die Fraktion der AfD ein wesentlicher Beitrag zur finanziellen Entlastung des deutschen Gesundheitssystems.

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass seit dem 13. Dezember 2016 in der Europäischen Union (EU) die Kennzeichnung von Nährwerten mittels einer Nährwerttabelle, die auf sieben Nährwerte bezogen ist, für alle vorverpackten Lebensmittel verpflichtend vorgeschrieben ist. Dies soll den Informationsgehalt der Verbraucher über die Qualität von Lebensmitteln erhöhen und dazu führen, dass diese gesundheitsbewusster einkaufen. Dabei geht die Kommission der EU nach Angaben der Fraktion der AfD davon aus, dass sich ein Verbraucher (homo oeconomicus) in ökonomischen Entscheidungsprozessen rational und souverän verhalten würde, wenn er vollständig informiert wäre. Es bestehe gemäß der Kommission grundsätzlich ein strukturelles Wissensdefizit bei den Verbrauchern und ein Informationsvorsprung der Anbieter.

Es kommt laut der Antragsteller – mit Verweis auf die Ergebnisse verschiedener wissenschaftlicher Studien – bei der Informationsvermittlung mithin aus verhaltensökonomischer Sicht darauf an, wie staatlich normierte Informationsangebote konzipiert sind. Einfache und gut akzentuierte Informationsangebote sind gemäß der aufgeführten wissenschaftlichen Studien daher weitaus besser geeignet, die gewünschten Konsumverhaltensänderungen zu erreichen. Die Ziele der lenkenden Informationsmaßnahmen müssen dabei aus Sicht der Fraktion der AfD einerseits transparent sein und andererseits dem Einzelnen die Möglichkeit des Ausstiegs offenlassen. Daher liegt es für die Fraktion der AfD nahe, dass Nährwertkennzeichnungen, die mit einer Farbkomponente versehen sind, auf Grund der höheren Signalwirkung eine einfachere und leichter verständliche Botschaft transportieren, als Nährwertkennzeichnungen, die ohne Farbkomponente auskommen, wie es derzeit bei der EU-weit verpflichtenden tabellarischen Form der Fall ist.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/7033 soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. von der Möglichkeit einer freiwilligen nationalen Regelung Gebrauch zu machen und ein nationales Konzept vorzulegen, welches den Marktakteuren eine freiwillige Lebensmittelkennzeichnung ermöglicht, die es dem Verbraucher allgemeinverständlich und schnell ermöglicht, die Produkte bezüglich ihrer gesundheitsbezogenen Eigenschaften einzuordnen und gemäß seiner individuellen Bedürfnisse auszuwählen;
2. sich auf der Ebene der EU dafür einzusetzen, dass die EU-weite Ausschreibungspflicht für die Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen abgeschafft wird;
3. sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass Ernährungsbildung verbindlich und dauerhaft im Schulunterricht verankert wird;
4. sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass in Ganztagschulen und Kitas in eine hochwertige Essensversorgung für Kinder und Jugendliche sichergestellt wird, welche insbesondere regionale und saisonale Lebensmittel berücksichtigt und intensiv mit der Ernährungsbildung verknüpft ist;
5. Strukturen zu schaffen, die Familien mit offensichtlichen Problemen wie Übergewicht und ernährungsbedingten Erkrankungen, nachhaltige Hilfe anbieten;
6. mit den zur Verfügung stehenden staatlichen Mitteln darauf hinzuwirken, dass Köche, die Mahlzeiten für Schulen und Kitas zubereiten, für diese speziellen Bedürfnisse hinreichend qualifiziert sind;
7. auf die Träger von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen dergestalt einzuwirken, dass dort regelmäßig mit den Kindern gekocht wird.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der FDP legt dar, dass die Verantwortung für ihre Ernährung immer zuerst bei den einzelnen Verbrauchern liegt. Der Verbraucher hat ihr zufolge in Deutschland die Möglichkeit, aus Millionen von hochwertigsten Lebensmitteln auszuwählen, über deren Inhaltsstoffe laut der Fraktion der FDP eine sehr hohe Transparenz existiert. Jede staatliche Initiative zu gesünderer Ernährung würde nach Ansicht der Antragsteller scheitern, wenn der Bürger nicht auch selber den Antrieb und die Bereitschaft besitzt, sich kritisch mit seiner eigenen Ernährung auseinanderzusetzen. Die Fraktion der FDP legt dar, dass die Fokussierung auf einen vermeintlich fürsorgenden Staat, der dem Bürger die Entscheidung über seine Ernährung und den damit verbundenen Genuss abnimmt, statt auf einen kritischen Verbraucher, nicht kompatibel mit dem Menschenbild einer liberalen Gesellschaft ist.

Die Fraktion der FDP weist darauf hin, dass trotz der ihr zufolge vielen Bildungs- und Aufklärungsmöglichkeiten, die eigenverantwortliches Handeln erst ermöglichen, in Deutschland rd. 15 Prozent aller Kinder und Jugendlichen übergewichtig sind, die Hälfte davon adipös. Hinzu kommt für die Antragsteller, dass der Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen zunimmt. 70 Prozent erreichen nach Angaben der Fraktion der FDP die Bewegungsziele, die die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorgibt, nicht. Laut der von den Antragstellern genannten aktuellen Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KiGGS-Studie) des Robert Koch-Institutes steigt die Anzahl der „Bewegungsmuffel“ in Deutschland kontinuierlich weiter. Laut der Fraktion der FDP führen durch die Medien vorgelebte, vermeintliche Schönheitsideale zu verschiedensten Essstörungen. Die Folgekosten dieser Entwicklungen sind laut der Antragsteller für das Gesundheitssystem immens. Allein die Kosten durch eine unausgewogene Ernährung belaufen sich nach deren Angaben auf rd. 17 Mrd. Euro jährlich.

Zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von Kindern und Jugendlichen will die Fraktion der FDP daher in Deutschland die Bildungsangebote und die Qualität des angebotenen Essens an Orten der öffentlichen Versorgung verbessern. Zudem müssen aus Sicht der Antragsteller Erwachsene künftig stärker eingebunden werden, denn die von ihnen vorgelebten Verhaltensweisen werden oftmals von den Kindern übernommen, wodurch diese für viele Lebensjahre geprägt werden.

Mit dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/9926 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

1. gemeinsam mit den Bundesländern die für Ernährungsbildung und -beratung vorgesehenen Haushaltsmittel fokussiert für eine systematische Bildungsoffensive in Kitas und Schulen einzusetzen, um frühzeitig Ernährungswissen zu vermitteln. Sie sollte Länder ebenso ermutigen, sicherzustellen, dass Sportunterricht regulär stattfindet und auf diesem auch das Problemfeld Bewegungsmangel und Übergewicht zu adressieren;
2. in diese Bildungsoffensive auch die Erwachsenenbildung einzubeziehen, da das Ernährungs- und Einkaufsverhalten der Eltern eine zentrale Rolle für Kinder spielt und häufig von ihnen übernommen wird. Eltern sind und bleiben Vorbilder. Es ist notwendig, integrative Projekte ins Leben zu rufen, bei denen neben den Kindern auch die Eltern erreicht werden, um diese für eine gesunde Lebensweise zu sensibilisieren. Dieser Aspekt der Weiterbildung sollte wesentlich mehr in den Fokus gestellt werden als bisher;
3. im Rahmen bestehender und zukünftiger Projekte darauf hinzuwirken, dass Eltern gezielt auf lokale Programme und Angebote aufmerksam gemacht werden. Dies ist insbesondere dann sinnvoll, wenn sich Eltern in einer sog. Übergangsphase befinden – z. B. während einer Schwangerschaft, bei der Einschulung des Kindes etc. – und sie Veränderungen gegenüber sensibel sind;
4. im Rahmen der Mittel des Aktionsplans IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung – für eine gesunde Ernährung in Kitas, Schulen, Pflege- und Seniorenheimen zu sorgen, indem eine dezidierte nationale Strategie für genannte Zielgruppen erarbeitet bzw. nach einem Monitoring nachgebessert wird. Eine ausgewogene Gemeinschaftsverpflegung ist anzustreben;
5. sich für die Ausweitung und finanzielle Aufstockung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel einzusetzen. Eine bundeseinheitliche Ausgestaltung des Programms ist anzustreben. Nur so kann sichergestellt werden, dass überall gleiche Voraussetzungen herrschen und das Bewusstsein über Wertschöpfung für unverarbeitete Lebensmittel in gleichem Maße vermittelt wird;
6. gemeinsam mit den Bundesländern weiterhin auf Verhaltensprävention zu setzen. Verhaltensprävention besteht z. B. aus einem Angebot für Bewegung oder gesündere Ernährung – diese Angebote kommen erwiesenermaßen an der richtigen Stelle an (Beispiel: Angebot von Trinkwasser und anderen ungesüßten Getränken in Schulen und Kitas);
7. bei den Ländern darauf hinzuwirken, ein bewegungsfreundliches Umfeld in Schulen zu schaffen. Regelmäßige Evaluationen sollen den Fortschritt monitoren, sowohl den Aus- oder Umbau der Schulhöfe wie auch die Bewegungsfreudigkeit der Schüler.

Zu Buchstabe c

Die Fraktion DIE LINKE. erklärt, dass unter den Westeuropäerinnen und Westeuropäern die Deutschen die niedrigste Lebenserwartung haben. Schlechte Ernährung, zu viel Stress und unzureichende Präventionsmaßnahmen

haben ihr zufolge einen wichtigen Einfluss auf dieses Ergebnis. Übergewicht- und Adipositasprävalenzen bei Kindern und Jugendlichen haben sich nach Angaben der Antragsteller in Deutschland auf hohem Niveau „eingepgelt“.

Was die Menschen essen, hängt laut der Fraktion DIE LINKE. maßgeblich von der „Nahrungsmittel-Umwelt“ ab, wie z. B. Angebote in Supermarktregalen, Sonderangebote, Werbung, Preise, allgegenwärtige Verfügbarkeit vor allem besonders kalorienreicher Lebensmittel und der Umgebung, in der gelebt wird. Hier entscheidet sich nach Auffassung der Antragsteller die Ernährung der Menschen, lange bevor sie „auf dem Teller“ landet. Die Fraktion DIE LINKE. stellt fest, dass in Kinderjahren Ernährungspräferenzen für den Rest des Lebens entscheidend geprägt werden. In Deutschland werden ihr zufolge gerade im Kindesalter wichtige Risikofaktoren, wie zu hoher Zucker- und Kalorienkonsum, kaum bekämpft. Überzuckerte Kinderlebensmittel werden nach Angaben der Antragsteller überall beworben und mit der kindlichen Lebenswelt in Spielen, im Internet oder beim Sport verbunden.

Bei der Lebenserwartung ist nach Darstellung der Fraktion DIE LINKE. die Kluft zwischen Menschen, die in finanziell prekären Verhältnissen leben, und denen, die dies nicht tun, besonders deutlich. Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Einkommen oder finanziell prekären Lebenssituationen sind ihr zufolge deutlich häufiger von Übergewicht und Adipositas betroffen als Gleichaltrige aus Familien mit hohem Einkommen. Die Fraktion DIE LINKE. legt mit Verweis auf die Feststellung des Forschungsinstituts für Kinderernährung der Universität Bonn dar, dass die sog. Hartz-IV-Sätze für eine gesunde Ernährung nicht ausreichen. Menschen in finanziell prekären Verhältnissen müssen nach Darstellung der Antragsteller oft billige Nahrungsmittel mit weniger wertvollen Mikronährstoffen essen und sind damit stärker von Ernährungsarmut betroffen. Bei Kindern führt das nach Aussage der Fraktion DIE LINKE. zu nachhaltigen und nicht mehr zu korrigierenden Entwicklungsstörungen.

Die Bundesregierung hat sich nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. diesen Herausforderungen in der Ernährungspolitik nur sehr unzureichend gestellt. Sie ignoriert nach Aussage der Antragsteller wesentliche Erkenntnisse der Ernährungs-, Verbraucher- und Präventionsforschung. Bis heute fehlt es nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. an einer nachhaltigen Gesamtstrategie und an zukunftsweisender Ernährungspolitik. Ihr zufolge nutzt Deutschland seinen Handlungsspielraum nicht aus. Laut der Fraktion DIE LINKE. hat im Gegensatz zu anderen Ländern in der EU, wie z. B. Großbritannien, Frankreich oder Dänemark, die Lebensmittel- und Zuckerindustrie in Deutschland nahezu unbeschränkte Entscheidungsfreiheit. Sie darf ihr zufolge weiterhin u. a. mit irreführenden Portionsgrößen über echten Kalorien-, Fett- und Zuckergehalt hinwegtäuschen oder die Nährwertangaben kleingedruckt auf der Verpackung verbergen.

Die Fraktion DIE LINKE. weist darauf hin, dass die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) für die Verpflegung in Schulen und Kitas von weniger als zwei Prozent der Einrichtungen erfüllt werden. Ernährungsbildung findet ihren Angaben zufolge bis heute überwiegend durch Informationsveranstaltungen, Flyer oder im Rahmen kurzer Projekte statt, anstatt in Küchen zu investieren, die frisches Essen und Kocherfahrungen in Schulen und Kitas ermöglichen.

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/7025 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ein umfassendes Maßnahmenpaket und Gesetzentwürfe vorzulegen, die folgendes umfassen:

1. Der Armut in Deutschland muss der Kampf angesagt werden, indem der gesetzliche Mindestlohn auf mindestens zwölf Euro die Stunde erhöht, eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1 050 Euro netto gewährleistet, prekäre Beschäftigung zurückgedrängt, das Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöht wird, wobei die Erhöhung auch bei Kindern im Arbeitslosengeld-II-Bezug ankommt, und in einem zweiten Schritt eine eigenständige Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen eingeführt und das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöht werden.
2. Unter Beteiligung des Bundes wird eine kostenfreie Verpflegung in allen Schulen und Kitas gewährleistet, die den Qualitätsstandards der DGE entspricht und mit regionalen, saisonalen und ökologischen Lebensmitteln frisch zubereitet wird. Der Bund unterstützt, dass jede Kommune dies umsetzen kann. Die Kinder und Jugendlichen sind in den Einrichtungen durch gemeinsames Kochen und Zubereiten der Mahlzeiten sowie den Anbau von Nahrungsmitteln in Schulgärten einzubeziehen, um eine anwendungsorientierte Ernährungsbildung zu gewährleisten.
3. Die Bundesregierung verabschiedet eine verbindliche Reduktionsstrategie für Zucker-, ungesättigte Fettsäure- und Salzanteile in Fertiglebensmitteln, die sicherstellt, dass es zu keinem Austausch von wertgebenden

zu billigen Inhalts oder Zusatzstoffen kommt, sondern eine Qualitätssteigerung Ziel der Reduktionsstrategie ist. Spezielle Vorgaben sind insbesondere für Kinderlebensmittel, das sind Lebensmittel, die durch ihre Aufmachung (Verpackung mit Comic-Figuren), Ansprache (Aufschrift „für Kinder“ oder „Kids“) oder Beigaben wie Aufkleber, Sammelbilder oder Spielfiguren sich besonders an Kinder richten, zu erarbeiten.

4. Die Bundesregierung entwickelt eine verbraucherfreundliche Lebensmittel-Kennzeichnung, die auf der Vorderseite von Fertiggerichten leicht verständlich und farblich abgesetzt über den Gehalt an gesundheitsrelevanten Nährstoffen wie Fetten, Zucker und Salz informiert. Sie setzt sich auf EU-Ebene für eine verpflichtende farbliche Nährwertkennzeichnung in der Lebensmittelinformationsverordnung (EU) 1169/2011 ein.
5. Es wird ein Verbot für an Kinder gerichtete Lebensmittelwerbung und –marketing für zucker- und kalorienreiche Ferticlebensmittel, Fastfood, Süßwaren, salzige Snacks und Softdrinks im Lebens- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) gesetzlich verankert. Zusammen mit den Ländern wird eine Strategie zur Einschränkung der direkten und indirekten Bewerbung von Lebensmitteln und Marken in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen erarbeitet.
6. Die Bundesregierung prüft die Möglichkeiten, Zugang zu Leitungswasser durch eine erhöhte Anzahl öffentlicher Wasserspender, insbesondere in Schulen, Bildungseinrichtungen und Kitas, sowie im Dialog mit der Gastronomiebranche die kostenlose Bereitstellung von Leitungswasser durch alle Restaurants, Imbisse und Caterer analog zu anderen Mitgliedstaaten der EU zu realisieren.
7. Die Bundesregierung entwickelt ein Programm zur Verbesserung des Angebots an gesünderen Lebensmitteln bei öffentlichen Veranstaltungen und Essensangeboten im öffentlichen Raum, wie z. B. bei Snack-Automaten.

Zu Buchstabe d

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verweist unter Bezugnahme des Ernährungsreport 2018 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) darauf, dass nach der überwiegenden Meinung der Verbraucherinnen und Verbraucher Essen nicht nur schmecken, sondern auch gesund sein soll. Zudem haben nach Darstellung der Antragsteller immer mehr Menschen nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Auswirkungen des Essens auf Tiere, Umwelt, Klima und globale Gerechtigkeit im Blick. Sie wollen sich laut der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf verlassen können, dass ihr Essen frei von gesundheitsgefährdenden Rückständen und Schadstoffen ist. Das große Interesse an gutem Essen zeigt für die Antragsteller längst seine Wirkung. Sie legen dar, dass mit zahlreichen Initiativen für gutes, nachhaltiges und gesundes Essen die Menschen nicht nur in Deutschland, sondern weltweit eine Ernährungsbewegung in Gang gesetzt haben.

Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eine gute, ausgewogene Ernährung für viele Menschen gerade im Alltag nicht leicht. Der Griff zu Fertigprodukten und Fastfood ist ihr zufolge oft einfacher als die gesündere und bewusste Essenswahl. Die Antragsteller kritisieren zudem u. a., dass verarbeitete Produkte oft mehr Zucker, Salz, Fett und Zusatzstoffen als es nötig und gesund ist enthalten. Verbraucherinnen und Verbraucher haben nach Darstellung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Verweis auf Ergebnisse aus der Wissenschaft meist keine Vorstellung davon, wie viel Zucker oder Fett in fertig verarbeiteten Lebensmitteln enthalten ist.

Eine Ernährungswende ist laut der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überfällig. Fehlernährung ist ihr zufolge nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland eines der größten Krankheitsrisiken, und gute Ernährung daher zentraler Baustein der Gesundheitsvorsorge. Es ist für die Antragsteller Aufgabe der Bundesregierung, die politischen Rahmenbedingungen für ein gutes, nachhaltiges und gesundes Angebot an Essen zu setzen und hierbei insbesondere Kinder und Jugendliche im Blick zu haben. Sie muss Maßnahmen ergreifen, um den Nährwert von Lebensmitteln besser erkennbar zu machen und das Angebot gesünder zu gestalten. Bund, Länder und Kommunen müssen nach Überzeugung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam Strukturen schaffen, die eine gute und gesunde Ernährung für alle Menschen ermöglichen und fördern.

Während die Bundesregierung nach Meinung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit Jahren einseitig auf verhaltenspräventive Maßnahmen wie Verbraucheraufklärung und -information setzt und regulatorische Maßnahmen zur strukturellen Förderung einer gesünderen Ernährung ablehnt, drängen die WHO, Wissenschaftlerinnen

und Wissenschaftler auf eine umfassende Ernährungsstrategie mit einem Instrumentenmix, der auch regulatorische und entscheidungslenkende Maßnahmen umfasst. Andere Länder, wie z. B. Frankreich oder Chile, haben laut der Antragsteller eine Ernährungsstrategie bereits auf den Weg gebracht.

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/6441 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, eine Ernährungswende mit folgenden Bausteinen auf den Weg zu bringen:

1. Eine nationale, ressortübergreifende Strategie für gutes Essen entwickeln.
 - Gemeinsam mit den Akteuren der Zivilgesellschaft, Verbänden, Kommunen, Industrie, Ärzteschaft und Krankenkassen etc. eine nationale, ressortübergreifende Ernährungsstrategie erarbeiten, mit dem Ziel, die Adipositasquote bis 2030 deutlich zu senken und damit das Risiko für chronische Zivilisationskrankheiten wie Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu verringern.
2. Gemeinsam mit den Ländern gesunde und vielfältige Ernährung als fester Teil der Stadtentwicklung und der ländlichen Entwicklung etablieren. Dazu gehört u. a.:
 - Entsprechende Förderprogramme für Modellprojekte, wie z. B. zum Aufbau regionaler Versorgungsstrukturen und Wertschöpfungsketten für Gemeinschaftsverpflegung sowie für die Erstellung von Ernährungsstrategien, auflegen.
 - Regionale Verarbeitung und Wertschöpfungsketten stärken. Insbesondere kleine und mittlere, lokal verankerte Lebensmittelhandwerksbetriebe fördern.
 - Bezahlbaren Raum innerhalb der Städte für eine Vielfalt von Nahrungsanbietern von der Gastronomie bis zur Hotellerie sichern, und dazu das Gewerbemietrecht weiterzuentwickeln. Hierfür sind Regelungen bezüglich des Kündigungsschutzes, die Begrenzung von Mieterhöhungsmöglichkeiten sowie die Erstellung von Gewerbemietverträgen nötig.
3. Eine ausgewogene und gesunde Ernährung für alle Verbraucherinnen und Verbraucher in allen öffentlichen Einrichtungen, z. B. Kitas, Schulen und Universitäten, aber auch in Betriebskantinen, Krankenhäusern und Pflegeheimen ermöglichen. Dazu gehört u. a.:
 - Gemeinsam mit den Ländern dafür sorgen, gesunde und ausgewogene Gemeinschaftsverpflegung flächendeckend auszubauen und die Empfehlungen der DGE zur Grundlage der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung zu machen.
 - Einen Förderschwerpunkt Gemeinschaftsverpflegung in Höhe von 20 Millionen (Mio.) Euro in der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) einrichten und hierfür die DGE-Qualitätsstandards sowie einen hohen Anteil an Bio- und regionalen Lebensmitteln zur Förderauflage machen. Dabei z. B. bekannte Modelle wie das „House of food“ nutzen und fördern.
4. Die Ernährungsbildung in Kitas, Schulen und Ausbildung stärken.
 - Gemeinsam mit den Bundesländern die Ernährungsbildung in Kitas und Schulen fächerübergreifend verankern, um gesundes Kita- und Schulesen durch Ernährungswissen zu begleiten.
 - Gemeinsam mit den Bundesländern auf eine Verankerung der Aspekte der Gesundheitsförderung und -prävention und der Ernährungsbildung in den Ausbildungsordnungen für pädagogische und Pflege-Fachkräfte hinwirken.
5. Eine verbindliche nationale Reduktionstrategie für Zucker, Salz, Fett in verarbeiteten Lebensmitteln auf den Weg bringen.
 - Eine nationale Reduktionsstrategie muss mit konkreten Zeit- und produktspezifischen Reduktionszielen gemeinsam mit der Lebensmittelindustrie und Wissenschaft umgesetzt und unabhängig kontrolliert werden.
 - Die Lebensmittelindustrie muss durch Reduktionsprogramme ihre Rezepte ändern und gesündere Produkte anbieten. Dabei darf die Reduktion von Zucker, Fett und Salz nicht dazu führen, dass stattdessen Ersatzstoffe eingesetzt werden, die gegebenenfalls andere gesundheitliche Risiken mit sich bringen können. So darf die Zuckerreduktion nicht durch den vermehrten Einsatz von Süßstoffen kompensiert werden. Die Reduktion muss zu einem geringeren Energiegehalt führen.

6. Eine einheitliche, farbliche Nährwertkennzeichnung auf der Produktvorderseite von Ferticlebensmitteln einführen. Dazu gehört u. a.:
 - Die Möglichkeit eines freiwilligen nationalen Nährwertkennzeichnungssystems muss genutzt und dazu ein wissenschaftlich basiertes und leicht verständliches Modell entwickelt werden.
 - Eine Kennzeichnung wie z. B. die Nährwertampel oder der Nutri-Score, soll durch die Farben grün, gelb und rot auf den ersten Blick sichtbar machen, welche Nährwertbilanz bezüglich Zucker, Fett und Salz ein Produkt hat.
7. Das Lebensmittelmarketing für die Zielgruppe Kinder am Schutzauftrag ausrichten. Dazu gehört u. a.:
 - Bei Werbung, die sich an Kinder unter 14 Jahre richtet, müssen die Produkte den Kriterien der WHO für ausgewogene Ernährung entsprechen.
 - Gemeinsam mit Ländern und Kommunen dafür Sorge tragen, dass Kitas und Schulen frei sind von Marketingaktionen.
8. Steuerliche Anreize für eine ausgewogene Ernährung erarbeiten.
 - Der Zuckergehalt von einzelnen stark zuckerhaltigen Produkten, insbesondere von Limonaden, muss in einem definierten zeitlichen Rahmen auf konkret bezifferte Werte deutlich reduziert werden. Dies soll auch mit Hilfe steuerlicher Anreizmodelle geschehen. Dazu muss ausgewertet werden, welche Steuermodelle sich in anderen Ländern bereits bewährt haben und wir übernehmen wollen.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 58. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/7033 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 36. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/9926 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 58. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/9926 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 31. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/9926 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat in seiner 29. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/9926 abzulehnen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 59. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/7025 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 36. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/7025 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 58. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/7025 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 31. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/7025 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat in seiner 29. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/7025 abzulehnen.

Zu Buchstabe d

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 59. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/6441 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 58. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/6441 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 31. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/6441 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat in seiner 29. Sitzung am 25. September 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/6441 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Öffentliche Anhörung

Zu den Buchstaben b, c und d

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat in seiner 32. Sitzung am 24. Juni 2019 zum Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/9926, zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/7025 sowie zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/6441 eine öffentliche Anhörung durchgeführt.

Dazu wurden acht Sachverständige eingeladen, denen die Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme zu den Vorlagen anheimgestellt worden ist. Sieben Sachverständige haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Zwei Sachverständige haben eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben, so dass insgesamt sechs Stellungnahmen vorliegen. Diese dem Ausschuss übermittelten schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen sind als Ausschussdrucksachen 19(10)159-A, 19(10)159-B, 19(10)159-C, 19(10)159-D, 19(10)159-E sowie 19(10)159-F erschienen.

Folgende Einzelsachverständige hatten Gelegenheit zur Stellungnahme in der öffentlichen Anhörung:

- Prof. Ulrike Arens-Azevedo,
- Prof. (em.) Dr. Hans-Konrad Biesalski,
- Prof. Dr. med. Regina Ensenaer,
- Prof. Dr. med. Hans Hauner,
- Dr. Gerhard Koch,
- Dr. med. Kai Kolpatzik,
- Dr. Andrea Lambeck und
- Prof. Dr. Peter Nawroth.

Die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vom 24. Juni 2019 sind in die Beratungen des Ausschusses eingegangen. Die für die Öffentlichkeit freigegebenen schriftlichen Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen, das Wortprotokoll der öffentlichen Anhörung und der Videomitschnitt des Parlamentsfernsehens von der Anhörung sind der Öffentlichkeit über die Webseite des Deutschen Bundestages (www.bundestag.de) zugänglich.

2. Abschließende Beratung

Zu den Buchstaben a, b, c und d

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/7033, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/9926, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/7025 sowie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/6441 in seiner 34. Sitzung am 25. September 2019 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, über Ernährung als Grundlage des Lebens habe sich der Ausschuss bereits häufig ausgetauscht. Die Frage der gesunden Ernährung sei vom Ausschuss zuletzt in einer öffentlichen Anhörung am 24. Juni 2019 mit zahlreichen Sachverständigen intensiv erörtert worden. Die Bundesregierung habe gemeinsam mit den sie tragenden Fraktionen der CDU/CSU und SPD viele der in den vier Anträgen genannten Forderungen bereits umgesetzt. Andere Forderungen befänden sich in der Umsetzung oder würden derzeit umfassend geprüft. Die bereits von der Bundesregierung gestartete Nationale Reduktions- und Innovationsstrategie für Zucker, Fette und Salz in Fertigprodukten werde durch ein wissenschaftliches Produktmonitoring vom Max Rubner-Institut (MRI) umfassend begleitet. Der Deutsche Werberat werde seine seit 2009 bestehenden Verhaltensregeln über die kommerzielle Kommunikation für Lebensmittel u. a. auf die hinzugekommenen neuen digitalen Medien überprüfen und bis zum Frühjahr 2020 überarbeiten. Wie im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 19. Wahlperiode festgeschrieben, werde demnächst eine erweiterte Nährwertkennzeichnung eingeführt werden. Dabei werde es sich um ein freiwilliges System handeln. Zu den vier vom MRI bewerteten verschiedenen Nährwertkennzeichnungs-Modellen sei vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) eine Verbraucherforschung im Auftrag gegeben worden, deren Ergebnisse für die nächsten Tage erwartet würden. Dann könnten in diesem Bereich die nächsten Schritte eingeleitet werden. Bereits erfolgreich sei die vom BMEL in Auftrag gegebene Studie zu den Kosten- und Preisstrukturen in der Schulverpflegung verlaufen. Hierbei sei festgestellt worden, dass die Schulverpflegung nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) nur unwesentlich teurer sei. Dieses Ergebnis müsse mehr publik gemacht werden, sodass sich alle Essensanbieter an die Standards der DGE auch hielten, zumal keine finanzielle Überforderung der Eltern mit ihnen verbunden sei. Im Rahmen des Schulprogramms der Europäischen Union (EU) würden schon heute frisches Obst, Gemüse sowie Trinkmilch und Milchprodukte in teilnehmenden Einrichtungen kostenfrei oder vergünstigt abgegeben. Die Verbesserung der Ernährungsbildung im Vorschulbereich sei von der Bundesregierung erfolgreich in das sog. Gute-KiTa-Gesetz aufgenommen worden.

Die **Fraktion der SPD** äußerte, die Antragsteller hätten richtig beschrieben, was sowohl gesunde Ernährung als auch ungesunde oder falsche Ernährung mit der Gesundheit der Menschen mache. Alle Fraktionen eine die Überzeugung, dass Ernährungsbildung als ein entscheidender Punkt erachtet werde. Sie müssten alle bei ihren Landespolitikern vor Ort dafür sorgen, dass Ernährungsbildung von den Bundesländern in die Rahmenlernpläne aufgenommen werde. Die Fraktion der SPD sei in Hinblick auf die Antragsforderungen ein wenig „gespalten“. Zum

einen hätten sowohl die Fraktionen der CDU/CSU und SPD als auch die von ihnen getragene Bundesregierung in der gegenwärtigen 19. Wahlperiode in ihrer Politik zur Förderung einer gesunden und ausgewogenen Ernährung eine Menge auf den Weg gebracht. Bei den Standards der DGE sei auch die Kommunalpolitik gefordert. Diese müsse entschiedener darauf achten, dass die von ihr beauftragten Caterer die DGE-Standards auch erfüllten. Wenn sie höre, dass sowohl Schulleiter als auch Kommunalpolitiker die DGE-Standards teilweise nicht kennen würden, sei noch eine Menge an Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD hätten im Rahmen des Gute-KiTa-Gesetzes es auch geschafft, dass das Thema gesunde Ernährung in den Kindertagesstätten (Kitas) eine größere Rolle spiele, was von großer Wichtigkeit sei. Zudem sei vom BMEL eine Ernährungsinitiative für Seniorinnen und Senioren ins Leben gerufen. Zum anderen gebe es Punkte im Bereich der Ernährungspolitik, bei denen die Fraktion der SPD mit dem bisherigen Umsetzungsstand unzufrieden sei. So hätten die Reduktionsziele für Zucker, Fette und Salz in Fertiggerichten verbindlich gemacht werden müssen. Zudem hätte sich in der Frage der erweiterten Nährwertkennzeichnung schon längst für den Nutri-Score entschieden werden müssen. Sie hoffe, dass das demnächst vorliegende Ergebnis der Verbraucherbefragung ein farbliches Kennzeichen zur Folge haben werde, welches gut bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen werde. Unverständlich sei für die Fraktion der SPD die Untätigkeit beim Kinderwerbeverbot. Gewusst werde, dass gerade Kinder und Jugendliche auf Werbung für - ungesunde - Lebensmittel „anspringen“ würden. Hier sollten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD überlegen, ob nicht ein Verbot sinnvoll wäre. Die Fraktion der SPD teile die Auffassung der Fraktion DIE LINKE., dass geringes Einkommen und ungesunde Ernährung im Zusammenhang zu sehen seien. Deswegen seien u. a. auch die Höhe des Mindestlohns und der Bereich prekäre Beschäftigung kritisch zu beleuchten.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, Hintergrund ihres Antrags auf Drucksache 19/7033 sei die gesundheitliche Problematik, dass die Zahl der an Übergewicht und Adipositas leidenden Deutschen kontinuierlich ansteige. Bereits zwei Drittel der Männer sowie jede zweite Frau und jedes siebente Kind seien übergewichtig. Schuld daran sei vor allem ein falsches Ernährungs- und Bewegungsverhalten sowie die frühkindliche Ernährungsprägung. Insbesondere der Ernährungsprägung von Kindern und Jugendlichen könne der Staat mit Hilfe gezielter ernährungspolitischer Maßnahmen steuernd entgegenwirken und damit die Voraussetzungen für ein gesundes und langes Leben schaffen. Zudem wäre dies ein wesentlicher Beitrag zur finanziellen Entlastung der deutschen Gesundheitssysteme. Die Fraktion der AfD fordere von der Bundesregierung, die Rahmenbedingungen für eine freiwillige Lebensmittelkennzeichnung zu schaffen. Sie fordere zudem die Abschaffung einer EU-weiten Ausschreibungspflicht für die Gemeinschaftsversorgung in Kitas und Schulen, was vor allen Dingen den regionalen Markt stärken würde. Auf Landesebene sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass Ernährungsbildung verbindlich und dauerhaft in Schulen durch ein praktisches Schulfach verankert werde. Ferner fordere die Fraktion der AfD in Ganztags- und Kindertagesstätten eine hochwertige Essensversorgung, die durch regionale und saisonale Lebensmittel sichergestellt und intensiv mit der Ernährungsbildung verknüpft werde. Zudem möchte sie, dass staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Köche Schulungen zu unterziehen, die speziell für die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ausgebildet würden.

Die **Fraktion der FDP** legte dar, es sei prinzipiell wichtig und richtig, dass sich mit dem wichtigen Thema mehr Bildung, Bewegung und besseres Essen auseinandergesetzt werde. Sie könne der Fraktion DIE LINKE. in Bezug auf deren Einschätzung der Wichtigkeit des Ernährungsverhaltens nicht folgen. Es müsse sowohl bei den Erwachsenen als auch bei den Kindern beim Ernährungsverhalten angesetzt werden. Hierbei gehe das Thema Bildung einher mit dem Thema Verhalten. Wenn hier die Bürger besser aufgeklärt werden könnten und ihnen Zugang zu dem Wissen verschafft werden könnte, könnten in einem ersten Schritt viele positive Dinge bei der richtigen Ernährung erreicht werden. Nicht umsonst seien 15 Prozent der hiesigen Kinder und Jugendlichen stark übergewichtig. Zudem erreichten weniger als 70 Prozent von ihnen die empfohlenen Bewegungsziele. Problematisch sei, dass der Sportunterricht regelmäßig ausfalle und das Thema Ernährungskunde/Hauswirtschaft nicht mehr in den Schulen gelehrt werde. Erwachsene sollten in der Regel mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn allerdings bereits viele von ihnen schon nicht darauf achteten, was sie äßen und sie sich zudem kaum noch Zeit fürs Essen nähmen, könnten die Kinder entsprechend nur Falsches von ihnen lernen und sich ähnlich verhalten. Aufgrund der ökologischen und Klimaschutztechnischen Debatten sehe die Fraktion der FDP es als notwendig an, dass sich die Politik überlegen müsse, was in den Kantinen angeboten werde. Bedauerlicherweise werde bei den Essensangeboten im Deutschen Bundestag selber weder regional noch saisonal eingekauft. Der Bundestag müsse stattdessen mit gutem Beispiel vorangehen. In den Kantinen von Schulen und Kitas sei die Situation meistens ähnlich. In ihrem Antrag fordere die Fraktion der FDP daher, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern eine Bildungsoffensive in Schulen und Kitas unter Einbezug der Erwachsenenbildung starten müsse, um auf allen Ebenen mehr

Ernährungswissen zu vermitteln. Damit würde eine eigenständige Entscheidungsmöglichkeit der Menschen geschaffen werden. Zudem müsse das Thema Bewegung eine viel stärkere Rolle spielen, d. h. u. a. ein bewegungsfreundliches Umfeld in Schulen geschaffen werden. Die Forderung im Antrag der Fraktion der AfD, auf Träger von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen einzuwirken, dass dort regelmäßig mit Kindern gekocht werde, höre sich gut an, sei aber in der Realität personell bzw. finanziell nur schwer umzusetzen. Wichtig sei, dass beim Essen das Verhalten einher mit der persönlichen Entscheidung gehen müsse.

Die **Fraktion DIE LINKE**. kritisierte, der Antrag der AfD behandle im Wesentlichen Dinge, die die Bundesregierung ohnehin bereits mache und bleibe ansonsten im Vagen. Der Antrag der Fraktion der FDP spreche zwar inhaltlich richtige Dinge an, setze aber ausschließlich auf Verhaltensprävention. Mit ihrem Antrag gehe die Fraktion der FDP leider nicht an die Wurzel des Problems heran. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalte viele gute Forderungen, die sich weitgehend mit denen ihres eigenen Antrages deckten. Es werde in deren Antrag eine verbindliche Reduktionsstrategie für Zucker, Fette und Salz und dazugehörige unabhängige Kontrollen gefordert. Die öffentliche Anhörung des Ausschusses vom 24. Juni 2019 habe deutlich ergeben, dass in diesem Zusammenhang die freiwillige Strategie des BMEL nicht zum Erfolg führen werde. Gebraucht werde zudem eine verbindliche und transparente Nährwertkennzeichnung, wie z. B. den Nutri-Score, auf der Vorderseite der Verpackung von Lebensmitteln. Zudem wollten beide Fraktionen keine an Kinder gerichtete Werbung. Allerdings sei im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Thema „Ernährungsarmut“ ein wesentlicher Aspekt vergessen worden, der aber in ihrem eigenen Antrag aufgegriffen werde. Die Situation in Deutschland sei, dass Menschen mit niedrigem Einkommen im Schnitt deutlich früher sterben als Menschen mit höherem Einkommen. Ein Faktor dafür sei die schlechtere Ernährung. Wenn über gute Ernährung für alle Menschen gesprochen werde, könne dieser Aspekt nicht einfach ausgeblendet werden, Es müsse gesehen werden, dass es in Deutschland einen nennenswerten Anteil der Bevölkerung gebe, der ernsthafte Schwierigkeiten habe, sich aufgrund eines zu geringen Einkommens gesund zu ernähren. Auch wenn sicherlich mehr Ernährungsbildung notwendig sei, dürfe dieser Faktor nicht ignoriert werden. Auch hier habe die besagte öffentliche Anhörung als ein weiteres Ergebnis hervorgebracht, dass z. B. die aktuellen sog. Hartz-IV-Regelsätze für Kinder nicht ausreichen, um sie gesund zu ernähren. Die Fraktion DIE LINKE. fordere daher u. a. höhere Löhne, eine Kindergrundsicherung und die kostenlose Schulverpflegung mit gutem und gesundem Essen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, Ausgangspunkt ihres Antrages sei, dass es Aufgabe von Politik ist, für die Menschen Rahmenbedingungen zu setzen. Dazu gehöre auch, dass sie sich nachhaltig und gesund ernähren könnten. Andere Länder, wie z. B. Frankreich und Chile, hätten bereits eine Ernährungsstrategie in die Wege geleitet. Sie finde es zutiefst unsozial, wenn die Politik nicht Rahmenbedingungen im Bereich der Ernährung für die Menschen setze. Bürger, die sich schon früh falsch ernährten, würden in der Regel früher sterben, weil sie in jungen Jahren an chronische Erkrankungen, wie z. B. Diabetes, litten. Wenn sich die Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) angesehen würden, die sagten, dass Fehl-, Falsch- und Überernährung dabei wären, bei Berücksichtigung aller ernährungsbedingten Erkrankungen Todesursache Nummer eins zu werden, könne geschlussfolgert werden, welcher akute Handlungsdruck für die Politik bestehe. In einer Umwelt, die derzeit das Gegenteil von gesunder Ernährung sei, weil den Menschen ständig hochverarbeitete Produkte, u. a. zu süße, angeboten würden, wäre es ein „heldenhaftes Verhalten“, wenn der Bürger sich anders verhalten würde. Insbesondere bei Kindern würde mit „Geschichten“ geworben, die nichts mit dem eigentlichen Lebensmittel zu tun hätten. Es bestehe für die Politik die Verpflichtung, mit einem ganzheitlichen Ansatz die Ernährung für die Menschen gesünder und ausgewogener zu gestalten. Dazu gehöre neben der Bildungs- auch die Stadtentwicklungspolitik, d. h. die Frage, was z. B. auf Kirmessen, im Freibad oder im Bahnhof angeboten werde oder wie die Gemeinschaftsverpflegung in Städten aussähe. Hier bestehe im Kontext des Themas Armut die Notwendigkeit, dass das Essen in Schulen und Bildungseinrichtungen kostenlos und nach DGE-Kriterien angeboten werden müsse. Zudem müsse die Ernährung in Krankenhäusern und Altersheimen umfassend geändert werden. Die Initiativen von Bundesministerin Julia Klöckner (BMEL) setzten zu viel auf Freiwilligkeit. Gebraucht werde eine farbige, simple und erklärbare Nährwertkennzeichnung. An Kinder adressierte Lebensmittelwerbung führe auf den falschen Weg und werde nicht dem Schutzauftrag gerecht. Gebraucht würden zudem steuerliche Anreize beim Thema Zucker, damit die Hersteller ihre Produkte veränderten.

3. Abstimmungsergebnisse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/7033 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/9926 abzulehnen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/7025 abzulehnen.

Zu Buchstabe d

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/6441 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2019

Katharina Landgraf
Berichterstatlerin

Ursula Schulte
Berichterstatlerin

Verena Hartmann
Berichterstatlerin

Nicole Bauer
Berichterstatlerin

Amira Mohamed Ali
Berichterstatlerin

Renate Künast
Berichterstatlerin

